

Nr. 15**De Wilde, Ooms und Versyp gegen Belgien – Entschädigung***(Belgische Landstreicher-Fälle)*

Urteil vom 10. März 1972 (Plenum)

Ausgefertigt in französischer und englischer Sprache, wobei die französische Fassung maßgebend ist, veröffentlicht in *Série A / Series A* Nr. 14 unter dem Fall-Namen: *Affaires De Wilde, Ooms et Versyp (« Vagabondage ») / De Wilde, Ooms and Versyp Cases („Vagrancy“ Cases)*.

Beschwerde Nr. 2832/66 u.a. Die drei von der Kommission zu einem Verfahren verbundenen Beschwerden wurden 1966 eingelegt und am 24. Oktober 1969 von der belgischen Regierung vor den EGMR gebracht.

EMRK: Rechtsweg-Erschöpfung und Anspruch auf gerechte Entschädigung, Art. 26 (Art. 35 Abs. 1 n.F.) und Art. 50 (Art. 41 n.F.).

Ergebnis: Keine Notwendigkeit der erneuten Rechtsweg-Erschöpfung, um Anspruch auf gerechte Entschädigung geltend zu machen, Einrede zurückgewiesen. Entschädigungsanträge zwar zulässig, jedoch unbegründet: fehlende Kausalität zwischen festgestellter Konventionsverletzung (Hauptsache-Urteil s.o. S. 110) und behauptetem Schaden.

Sondervoten: Vier.

Sachverhalt:

(Zusammenfassung)

Die drei Bf. waren auf Anordnung der Friedensrichter in Charleroi, Namur und Brüssel aufgrund des Gesetzes zur Bekämpfung der Landstreicherei von 1891 in verschiedene geschlossene Einrichtungen (Arbeitshäuser) eingewiesen worden.

Jacques De Wilde war auf zwei Jahre eingewiesen worden, kam jedoch schon nach knapp sieben Monaten wieder frei; Franz Ooms, auf unbestimmte Dauer eingewiesen, wurde nach einem Jahr entlassen, Edgard Versyp, auf zwei Jahre eingewiesen, nach einem Jahr und neun Monaten.

Der Gerichtshof hatte in seinem Urteil in der Hauptsache vom 18. Juni 1971 (EGMR-E 1, 110) sämtliche von den Bf. erhobenen Rügen bis auf eine zurückgewiesen. Eine Verletzung von Art. 5 Abs. 4 EMRK wurde insoweit festgestellt, als den Bf. gegen die Unterbringungsanordnungen der Friedensrichter (Polizeigerichte), die nicht den Charakter von „Gerichten“ i.S.v. Art. 5 Abs. 4 haben, keine Beschwerdemöglichkeit bei einem Gericht eröffnet war (Ziff. II., 4. der Entscheidungsformel). Ferner hatte der Gerichtshof den Bf. die Möglichkeit vorbehalten, nach Art. 50 der Konvention eine gerechte Entschädigung zu beantragen. Diese beantragten am 23. Juli 1971 über ihren Anwalt jeweils 300 belgische Franken [ca. 74,- Euro]¹ für jeden Tag ihrer Unterbringung.

Die Regierung teilte dem Gerichtshof mit Schriftsatz vom 27. Oktober 1971 mit, sie habe dem Parlament am 17. Juni 1971 ein Reformgesetz zugelei-

¹ Anm. d. Hrsg.: Die hier und nachstehend in Klammern angegebene Umrechnung in Euro (gem. offiziellem Kurs: 1 Euro = 40,3399 BF) dient einer ungefähren Orientierung. Durch Zeitablauf bedingte Wertveränderungen sind nicht berücksichtigt.

tet, das an die Stelle des Gesetzes von 1891 treten soll. Von dem Willen geleitet, das Urteil des Gerichtshofs in der Hauptsache möglichst rasch umzusetzen, habe sie jedoch nicht auf die Verabschiedung des Reformgesetzes gewartet, sondern in einem speziellen Gesetz die Rechtsmittel der Strafprozessordnung auf die Anordnungen der Friedensrichter ausgedehnt. Außerdem ist den nach dem alten Gesetz untergebrachten Landstreichern und Bettlern die Möglichkeit eröffnet, innerhalb eines Monats von den neuen Rechtsmitteln Gebrauch zu machen. Dieses Übergangsgesetz wurde am 6. August 1971 verabschiedet und trat am 4. September 1971 in Kraft.

Zu der öffentlichen mündlichen Verhandlung am 14. Februar 1972 sind vor dem Gerichtshof erschienen:

für die Regierung: J. De Meyer, Professor an der Universität Löwen, Mitglied des Staatsrates, als Verfahrensbevollmächtigter;

für die Kommission: M. Sørensen als Hauptdelegierter sowie G. Sperduti als Delegierter.

Entscheidungsgründe:

(Übersetzung)

I. Zur Zulässigkeit der Anträge der Bf.

14. [Die Regierung beantragt, die Anträge der Bf. für unzulässig zu erklären, weil der innerstaatliche Rechtsweg nicht erschöpft sei.]

15. Zur Stützung ihres Vorbringens hat die Regierung sich in erster Linie auf Art. 26 der Konvention berufen: Diese Vorschrift gelte nicht nur für die ursprüngliche nach Art. 25 an die Kommission gerichtete Individualbeschwerde, sondern auch für einen anschließend vorgebrachten Antrag auf gerechte Entschädigung, nachdem der Gerichtshof im konkreten Fall die Verletzung eines von der Konvention garantierten Rechts festgestellt hat.

Nach Art. 26 „kann sich [die Kommission] mit einer Angelegenheit erst nach Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtszuges in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts (...) befassen“; Art. 27 Abs. 3 präzisiert, dass sie „jedes Gesuch zurückweist, das sie gemäß Art. 26 für unzulässig hält“. Die letztgenannte Vorschrift definiert also eine Bedingung für die „Befassung“ der Kommission; sie betrifft die an dieses Organ gerichteten „Individualbeschwerden“. Sie bezieht sich, anders gesagt, auf das Ingangsetzen des Verfahrens vor den, in Abschnitt III der Konvention beschriebenen, Organen. Vorliegend handelt es sich jedoch nicht mehr um diese Instanz, sondern um die Endphase des Verfahrens, das nach Abschnitt IV vor dem Gerichtshof anhängig gemacht wurde, und zwar im Anschluss an das Verfahren, zu dem die Individualbeschwerden von Jacques De Wilde, Franz Ooms und Edgard Versyp vor der Kommission Anlass gegeben haben. Die Entschädigungsanträge der drei Bf. sind keine neuen Beschwerden: Sie beziehen sich auf eine vom Gerichtshof zuzusprechende Wiedergutmachung für eine von ihm festgestellte Verletzung [der Konvention] und sie haben überhaupt nichts mit einem neuen Verfahren vor der Kommission nach Art. 25, 26 und 27 der Konvention zu tun. Die Kommission hat die Anträge an den Gerichtshof weitergeleitet, und zwar ohne einen begleitenden Bericht und

einzig wegen der Unterstützung, die sie dem Gerichtshof ganz allgemein nach Art. 71 ihrer Verfahrensordnung gewährt.

Der Gerichtshof ist mit den Delegierten der Kommission der Ansicht, dass Art. 26 hier nicht anzuwenden ist.

16. Um ihre Einrede der Unzulässigkeit zu stützen, hat die Regierung ein zweites Argument vorgebracht, das sie aus Art. 50 herleitet: Da die Bf. den innerstaatlichen Rechtsweg nicht erschöpft hätten, wäre auch nicht der Beweis erbracht, dass das innerstaatliche belgische Recht für die Folgen der mit Urteil vom 18. Juni 1971 festgestellten Verletzung „nur eine unvollkommene Wiedergutmachung gestatte“; daraus folge, dass ihre Entschädigungsanträge unzulässig seien.

Nach Ansicht des Gerichtshofs stellt der zitierte Satzteil eine Grundsatznorm dar. Wenn die Verfasser der Konvention die Anträge auf „gerechte Entschädigung“ der vorherigen Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs hätten unterwerfen wollen, dann hätten sie darauf geachtet, dieses im Art. 50 genauso zu spezifizieren, wie sie das in Art. 26 i.V.m. Art. 27 Abs. 3 für die ursprünglichen Individualbeschwerden bei der Kommission getan haben. Da ein solcher ausdrücklicher Hinweis eines entsprechenden Willens fehlt, kann der Gerichtshof nicht zu dem Ergebnis gelangen, Art. 50 lege im Grunde dieselbe Regel fest wie Art. 26.

Zudem hat Art. 50 seinen Ursprung in bestimmten Klauseln klassischer völkerrechtlicher Verträge – wie in Art. 10 des Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrags zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reich von 1921² und Art. 32 der Genfer Generalakte zur friedlichen Beilegung völkerrechtlicher Streitigkeiten von 1928³ –, die keinen Bezug zu dem Grundsatz der Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs haben.

² Anm. d. Hrsg.: Der Vertrag wurde am 3. Dezember 1921 unterzeichnet und ist seit dem 26. Mai 1922 in Kraft. Fundstelle in der systematischen Sammlung des Schweizer Bundesrechts (SR): SR 0.193.411.36. Art. 10 lautet:

„Der Schiedsspruch wird Angaben über die Art seiner Ausführung, insbesondere über die dabei zu beobachtenden Fristen, enthalten.

Wird in einem Schiedsspruche festgestellt, dass eine von einem Gericht oder einer andern Behörde einer Partei getroffene Entscheidung oder Verfügung ganz oder teilweise mit dem Völkerrecht in Widerspruch steht, können aber nach dem Verfassungsrechte dieser Partei die Folgen der Entscheidung oder Verfügung durch Verwaltungsmaßnahmen nicht oder nicht vollständig beseitigt werden, so ist der verletzten Partei in dem Schiedsspruch auf andere Weise eine angemessene Genugtuung zuzuerkennen.“

³ Anm. d. Hrsg.: Die Genfer Generalakte wurde am 26. September 1928 unterzeichnet und trat am 7. März 1935 in Kraft; Fundstelle: SR 0.193.213. Art. 32 lautet:

„Erklärt das Gerichtsurteil oder der Schiedsspruch, dass eine von einer Gerichts- oder andern Behörde einer der streitenden Parteien getroffene Entscheidung oder Verfügung ganz oder teilweise mit dem Völkerrecht in Widerspruch steht, und können nach dem Verfassungsrechte dieser Partei die Folgen der Entscheidung oder Verfügung nicht oder nur unvollkommen beseitigt werden, so kommen die Parteien für diesen Fall überein, dass durch den Gerichtsentscheid oder den Schiedsspruch der verletzten Partei eine angemessene Genugtuung zuzuerkennen ist.“

Hinzu kommt außerdem: Wenn das Opfer, nachdem es den innerstaatlichen Rechtsweg vergeblich erschöpft hat, um die Verletzung seiner Rechte in Straßburg rügen zu können, den innerstaatlichen Rechtsweg ein zweites Mal erschöpfen müsste, um vom Gerichtshof eine gerechte Entschädigung zugesprochen zu bekommen, wäre die Gesamtlänge des von der Konvention vorgegebenen Verfahrens nur schwer mit dem Gedanken eines effektiven Schutzes der Menschenrechte vereinbar. Ein derartiges Erfordernis würde zu einer Situation führen, die mit Ziel und Zweck der Konvention unvereinbar wäre.

17. Der Gerichtshof sieht deshalb keinen Grund, die fraglichen Anträge für unzulässig zu erklären und wird ihre Begründetheit prüfen.

II. Zur Begründetheit der Anträge der Bf.

18. Art. 50 der Konvention lautet: [Text s.u. S. 607].

19. [Anträge]

20. Die Regierung hat insbesondere vorgetragen, dass das innerstaatliche belgische Recht den nationalen Gerichten ermöglicht, den Staat zur Wiedergutmachung des Schadens zu verurteilen, der aus einer rechtswidrigen Situation unter seiner Verantwortung entstanden ist, und zwar unabhängig davon, ob diese Situation innerstaatliches Recht oder Völkerrecht verletzt. Daraus folge, dass die Bf. die innerstaatlichen Gerichte anrufen müssten. Da sie dies nicht getan haben, seien ihre Entschädigungsanträge nicht nur unzulässig (s.o. Ziff. 16), sondern auch unbegründet.

Der Gerichtshof kann diese Ansicht nicht teilen.

Ohne Zweifel hatten die völkerrechtlichen Verträge, denen der Text des Art. 50 entlehnt ist, vor allem den Fall im Blick, bei dem zwar die Natur des Schadens erlauben würde, die Folgen einer Rechtsverletzung vollständig zu beseitigen, das innerstaatliche Recht des betreffenden Staates dies jedoch verhindert. Dennoch deckt der Wortlaut von Art. 50, der dem Gerichtshof die Kompetenz verleiht, der verletzten Partei eine gerechte Entschädigung zuzusprechen, auch die Fallkonstellation, bei der sich die Unmöglichkeit einer *restitutio in integrum* aus der Natur der Rechtsverletzung selbst ergibt; ein allgemeines Verständnis legt es darüber hinaus nahe, dass es *a fortiori* auch so sein muss. Im Ergebnis sieht der Gerichtshof keinen Grund, weshalb er im letztgenannten Fall ebenso wie bei der erstgenannten Fallkonstellation nicht das Recht haben sollte, den geschädigten Personen die gerechte Entschädigung zu sichern, die sie von der Regierung des betreffenden Staates nicht erhalten haben.

Genau darum geht hier. Weder das innerstaatliche belgische Recht noch irgendein anderes denkbare Rechtssystem kann die Folgen der Tatsache beseitigen, dass den drei Bf. das in Art. 5 Abs. 4 garantierte Recht nicht zu Gebote stand, ein Gericht anzurufen, damit es über die Rechtmäßigkeit ihrer Freiheitsentziehung entscheide. Des Weiteren hat die belgische Regierung die von De Wilde, Ooms und Versyp geforderte Entschädigung abgelehnt.

Der Umstand allein, dass die Bf. ihre Entschädigungsforderungen vor die belgischen Gerichte hätten bringen können oder noch immer bringen könn-

ten, verpflichtet den Gerichtshof also nicht, die genannten Anträge als unbegründet zurückzuweisen, ebenso wenig wie er ihre Zulässigkeit hindert (s.o. Ziff. 16).

21. Wenn die Folgen einer [Konventions]Verletzung nur unvollkommen wiedergutmacht werden können, setzt die Zuerkennung einer „gerechten Entschädigung“ in Anwendung von Art. 50 voraus:

- (i) dass der Gerichtshof erklärt hat, „dass eine Entscheidung oder Maßnahme“ einer Behörde eines Vertragsstaates „mit den Verpflichtungen aus dieser Konvention in Widerspruch steht“;
- (ii) dass es eine „verletzte Partei“ gibt;
- (iii) dass der Gerichtshof es „gegebenenfalls“ für geboten hält, eine gerechte Entschädigung zuzubilligen.

Nach Ansicht der Regierung ist im vorliegenden Fall keine der genannten Bedingungen erfüllt.

22. So beziehe sich zum Ersten die Entscheidung des Gerichtshofs vom 18. Juni 1971 [EGMR-E 1, 110] einzig auf eine Situation, die durch „ein gewisses Unterlassen des Gesetzgebers und der Rechtsprechung“ entstanden sei und weder eine „Entscheidung“ noch eine „Maßnahme“ darstelle.

Der Gerichtshof kann diese Meinung nicht teilen. Wenn er mit Fällen befasst ist, die auf Individualbeschwerden zurückgehen, die gem. Art. 25 erhoben worden sind, ist er nicht aufgerufen, über ein abstraktes Problem zu entscheiden, das die Vereinbarkeit von Vorschriften des belgischen Rechts mit der Konvention betrifft, sondern über den konkreten Fall der Anwendung dieser Vorschriften auf die Bf. (cf. Urteil *De Becker* vom 27. März 1962, Série A Nr. 4, S. 26, EGMR-E 1, 25, Ziff. 14 a.E.). In Fragen der Verantwortlichkeit für die Nichtbeachtung der Konvention ist im Übrigen nicht zwischen Handeln und Unterlassen zu unterscheiden.

23. Des Weiteren kann die Existenz einer „verletzten Partei“ nicht verneint werden. Im Kontext von Art. 50 müssen diese beiden Worte als Synonyme für den Terminus „Opfer“ i.S.v. Art. 25 verstanden werden; sie bezeichnen die durch das umstrittene Handeln oder Unterlassen direkt betroffene Person. De Wilde, Ooms und Versyp, denen die Kommission den Status von Opfern zuerkannt hat, als sie deren Individualbeschwerden für zulässig erklärte, haben also gleichermaßen den Status verletzter Parteien.

24. Dagegen bestreitet die Regierung zu Recht die Existenz eines Schadens. Jeder der Bf. verlangt als gerechte Entschädigung die Summe von 300 belgischen Franken pro Tag des Freiheitsentzugs. Damit diesem Antrag entsprochen werden könnte, müsste ihre Freiheitsentziehung eine Folge des vom Gerichtshof als Verstoß gegen Art. 5 Abs. 4 beurteilten Fehlens jedweden Rechts zur Anrufung eines für die Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Freiheitsentziehung zuständigen Gerichts sein. Dem ist aber nicht so. In seinem Urteil vom 18. Juni 1971 hat der Gerichtshof „weder eine Gesetzeswidrigkeit noch Willkür“ darin erkannt, „dass die drei Bf. zur Verfügung der Regierung gestellt worden sind“, auch hat er „keinen Grund [erkannt], die daraus resultierende Freiheitsentziehung als mit Art. 5 Abs. 1 lit. e der Konvention unvereinbar anzusehen“ (Série A Nr. 12, S. 38-39, Ziff. 70, EGMR-E 1,

116). Demzufolge sieht der Gerichtshof nicht, wie die Wahrnehmung eines mit Art. 5 Abs. 4 konformen Rechtsbehelfs einzig zur Rechtmäßigkeitsprüfung den Bf. ermöglicht hätte, eine frühere Freilassung zu erreichen.

Auf der anderen Seite haben die Bf. unentgeltliche Prozesskostenhilfe vor der Kommission und dann auch vor den Delegierten der Kommission [im Verfahren vor dem Gerichtshof] erhalten und sie haben keine nicht erstatteten Kosten geltend gemacht.

Schließlich erkennt der Gerichtshof im vorliegenden Fall keinen immateriellen Schaden, der durch das Fehlen einer den Anforderungen des Art. 5 Abs. 4 genügenden Beschwerdemöglichkeit verursacht worden sein könnte.

25. Auch wenn es der Gerichtshof aus den hier dargelegten Gründen ablehnen muss, die von den Bf. beantragte Entschädigung zuzusprechen, so hält er jedoch fest, ebenso wie das Ministerkomitee am 18. Januar 1972 auf der Grundlage von Art. 54 der Konvention festgestellt hat, dass der belgische Staat gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen hat, um in Fällen von Landstreicherei die Anwendung der Konvention in Belgien sicherzustellen.

Aus diesen Gründen entscheidet der Gerichtshof,

1. einstimmig, die Anträge der Bf. auf Entschädigung für zulässig zu erklären;
2. mit vierzehn gegen eine Stimme, diese Anträge für unbegründet zu erklären.

Zusammensetzung des Gerichtshofs (Plenum): die Richter Sir Humphrey Waldock, *Präsident* (Brite), Balladore Pallieri (Italiener), Cassin (Franzose), Holmbäck (Schwede), Verdross (Österreicher), Rolin (Belgier), Rodenbourg (Luxemburger), Ross (Däne), Wold (Norweger), Mosler (Deutscher), Zekia (Zypriot), Favre (Schweizer), Cremona (Malteser), Wiarda (Niederländer), Sigurjónsson (Isländer); *Kanzler:* Eissen (Franzose); *Vize-Kanzler:* Smyth (Ire)

Sondervoten: Vier. (1) Gemeinsames Sondervotum der Richter Holmbäck, Ross und Wold; (2) Sondervotum des Richters Verdross; (3) Sondervotum des Richters Mosler; (4) Sondervotum des Richters Zekia.